



WER VON ATOMKRAFTWERKEN REDET, ...



Am 26. März 2011 demonstrierten bundesweit über 250 000 Menschen für einen sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie; Foto: Hamburg

... DARF ÜBER ATOMMÜLLENDLAGERUNG NICHT SCHWEIGEN!

Wer von Atomkraftwerken redet, darf über die Atommüllagerung nicht schweigen

Kerstin Rudek

Wir erleben derzeit eine groteske Situation. Wir fühlen mit den Menschen von Fukushima. Eine Atomkatastrophe ähnlichen oder sogar größeren Ausmaßes als Tschernobyl ereignet sich 10 000 Kilometer von uns entfernt vor unseren Augen. In Entsetzen darüber mischt sich eine Aufbruchstimmung, auf zu neuen Ufern, das Atomzeitalter zu überwinden

Wir stehen mitten in einem Paradigmenwechsel. Das Wort Paradigma kann mit „Beispiel“, „Vorbild“, „Muster“, „Abgrenzung“, „Vorurteil“, „Weltansicht“ oder „Weltanschauung“ übersetzt werden. Das Paradigma wird nicht progressiv, also in vielen

kleinen Schritten, sondern nur revolutionär abgelöst und zwar erst dann, wenn die Argumente des neuen Paradigmas so übermächtig geworden sind, dass sich das alte nicht mehr halten lässt.

Woran lässt sich der gegenwärtige Paradigmenwechsel festmachen?

Da wäre zunächst einmal die Anti-Atom-Sonne als Poster in der letzten Ausgabe der Bravo. In 50 Jahren hat es keine politische Meinungsäußerung in der größten deutschen Jugendzeitschrift gegeben. Dem Berliner Büro „Atomausstieg selber machen“ liegen über 20 000 Bestellungen von Infomaterial zum Wechsel des Stromanbieters auf Ökostrom vor. Der Beweis, die Menschen handeln verantwortlicher als zuvor. Und nicht zuletzt: der CDU-Bürgermeister der Gemeinde Karwitz will nicht nur, dass die acht zurzeit

abgeschalteten Atommeiler stillgelegt bleiben und alle anderen AKWs schnellstmöglich folgen, der Standort Gorleben solle auch aufgegeben werden. Lasst uns nicht nur der Tropfen sein, der das Fass zum Überlaufen bringt, lasst uns der Wasserfall sein, der das Atomüllzeitalter ein für alle Male beendet. Die Gesellschaft ist reif für einen Paradigmenwechsel. Hin zu erneuerbaren Energien. Der Salzstock Gorleben darf niemals aus politischen Gründen zum Endlager gemacht werden, denn die atomare Verseuchung wäre eine schleichende.



... In jedem einzelnen Castorbehälter steckt das 100 fache radioaktive Inventar des absaufenden Endlagers, der Asse ...

Alles neu macht der Mai!

Die neue GR-Redaktion entschuldigt sich bei ihren Abonnenten für das verspätete Erscheinen dieser Ausgabe. Die Arbeiten am neuen Layout und die Konstituierung der neuen Redaktion haben doch länger gedauert, als wir zunächst dachten. Wir werden noch besser!



Uns wird 1 Million Jahre Sicherheit vorgegaukelt, die Asse hat keine 40 Jahre gehalten, was das Bundesumweltministerium verspricht.

Die gesellschaftliche Diskussion konzentriert sich auf die Stilllegung der Atomkraftwerke. Das ist wichtig, das ist richtig, aber es ist zu kurz gegriffen. Wir sagen: wer von den Sicherheitsdefiziten der Atomkraftwerke spricht, darf über die Sicherheitsdefizite der Zwischenlager und dem Risiko eines Endlagers Gorleben nicht schweigen. Wenn die Kehrtwende in der Atompolitik bei CDU und FDP ernst genommen werden soll, muss Gorleben in den Paradigmenwechsel einbezogen werden.

1. Der Standort Gorleben als Endlager muss aufgegeben werden, ein Aussetzen des Weiterbaus am Schwarzbau ist sofort anzuwenden, die Nichteignung wird sich nicht wegmoderieren lassen, denn fehlendes Deckgebirge, Wasserwegsamkeiten, Gasvorkommen und der Elbestrom sind elementare Naturgegebenheiten.

2. Muss der gerade beantragte Castortransport abgesagt werden. Neben den Transportrisiken gehören die Risiken der Zwischenlagerung in der Kartoffelscheune auf den Prüfstand.

Wenn ein Castortransport in diesem gesellschaftlichen Umbruchprozess erneut unter hoher polizeistaatlicher Gewalt durchgezogen wird, riskiert der Staat ein gutes Stück Demokratie:

Wir werden im November sehr viele sein und wir werden da sein, wo sie uns nicht haben wollen! Wir sind sehr beunruhigt. Jedes Maß an Radioaktivität kann Krebs verursachen. Eine eigens angefertigte Statistik über das Aufkommen an Leukämie- und Krebserkrankungen unter Kindern und Jugendlichen im Landkreis Lüchow- Dannenberg erlangt vergleichbare Zahlen wie das weltweit höchste Cluster in der Elbmarsch. Wir fordern Informationen und Aufklä-



Am Tag der Reaktorkatastrophe von Fukushima protestierten 500 Menschen am und auf dem geplanten Endlagergelände in Gorleben, unterstützt von rund 30 Bauern mit ihren Treckern.

rung über den Ist-Zustand und eine zukünftige engmaschige Erfassung. Gleiches gilt für die von uns beobachtete Häufung genetischer Erkrankungen und Chromosomendefekte. Radioaktivität bewirkt das Aufbrechen chemischer Verbindungen, einen Bruch der DNA-Moleküle und einer damit einhergehenden Schädigung des Erbgutes.

Welcher Belastung sind wir durch die Atommülltransporte und das Atommülllager jetzt schon ausgesetzt?

Die Abwägung zwischen null Schutz vor Strahlung und möglichst umfassender Rückhaltung von Strahlung wird Grenzwert genannt, eine Kosten-Nutzen-Analyse der Atomindustrie.

Doch das Märchen vom Restrisiko hat ausgedient. Wir sind keine Versuchskaninchen vor der Schlange, wir sind der Frosch, der schon im Schnabel des Storchs steckt und ihm an die Gurgel geht und schreit: „Niemals aufgeben!“ Wir haben bis hierher gestritten, wir wehren uns erfolgreich seit 34 Jahren gegen eine Übermacht, eine Übermacht aus Atomlobbyismus einer Politik für Konzerne, Profitgier der Atomstromfirmen. Wir haben so viel verhindert. Jetzt gilt es, den Knoten zu zerschlagen. Gorleben muss als ungeeigneter Standort aufgegeben werden. Nach Betreiber-

angaben findet alle 10 000 Jahre ein Super-GAU statt. Geteilt durch die 400 Atomkraftwerke weltweit ist das alle 25 Jahre. Lasst uns gegen diesen Zynismus streiten!

Wir finden uns nicht damit ab, dass auf unserem Rücken seit 60 Jahren eine auswegslose Energiepolitik betrieben wird, die unseren Kindern den kommenden zigtausend Generationen unlösliche Atommüllprobleme ohne Not weiter auflädt!

Wir im Wendland sind das Herz der Anti-Atom-Bewegung. Solidarität mit den vielen unmittelbar Betroffenen in Fukushima heißt auch, dafür zu sorgen, dass eine Atomkatastrophe nicht noch einmal passiert, womöglich vor der eigenen Haustür.

Lasst uns Druck machen, aus allen Schichten der Gesellschaft, in jedem Alter, lasst uns zum Problem für die Atompolitik werden, lasst sie uns damit nicht durchkommen lassen! Wann sollen wir denn aus der Atomkraft aussteigen, wenn nicht jetzt? Unsere Forderung ist klar und nicht an den Worten messen wir die Politik, sondern an den Taten:

**Der Standort Gorleben muss endgültig vom Tisch!
Castortransporte absagen!
Atomkraftwerke stilllegen!
Weltweit! Sofort!**



DER PROTEST WIRD PATHOLOGISIERT

Der Kampf um den Atomausstieg ist noch längst nicht entschieden. Propagandisten der Atomlobby reden die Katastrophe von Fukushima schon wieder klein.

Albrecht von Lucke

In den ersten Tagen nach der Atomkatastrophe von Fukushima konnte man den Eindruck haben, als wäre plötzlich ein Vorhang aufgegangen und eine neue Welt zum Vorschein gekommen: „Das Restrisiko“, erklärte der Umweltminister, „ist seit Japan keine statistische Größe, sondern eine reale“ - als ob die Gefahr zuvor nicht ganz genauso real gewesen wäre.

Was wir gegenwärtig erleben ist also keine Revolution der Tatsachen, sondern eine Revolution der Rezeption dieser Tatsachen. In der Wissenschaft würde man von einem Paradigmenwechsel sprechen.

Thomas S. Kuhn hat dessen Charakteristika bereits vor 50 Jahren in seinem Klassiker „Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen“ beschrieben. Ein altes Paradigma wird in der Wissenschaft demnach nicht progressiv in vielen kleinen Schritten, sondern nur revolutionär abgelöst - und zwar erst dann, wenn die Argumente des neuen Paradigmas so übermächtig geworden sind, dass sich das alte nicht mehr halten lässt. In der Politik gilt das umso mehr. Mit der Katastrophe von Fukushima ist das Paradigma der sicheren, da angeblich beherrschbaren Atomkraft massiv ins Wanken geraten. Hierin besteht der von Mathias Greffrath beschriebene Kairos, der günstige Moment, der AKW-Gegner. Doch zu voreiliger Siegesgewissheit besteht trotz der beeindruckenden Demonstrationen kein Anlass. Denn schon einmal, nachdem GAU von Tschernobyl vor 25 Jahren, wurde die Gefahr der Atomkraft von der Mehrheitsgesellschaft anschließend radikal

verdrängt dank des massiven Drucks der Atomlobbys.

Romantische Leidenschaften

Auch diesmal sind die alten Atompropagandisten keineswegs geschlagen, im Gegenteil. Exemplarisch zeigt sich dies in Springers Welt, seit Jahren publizistisches Hauptorgan bei der Bekämpfung der Umweltbewegung. Dort versuchten in den letzten Tagen ironischerweise fast ausschließlich ehemalige Linke oder Grüne, den aufkeimenden Protest mit allen Mitteln der ideologischen Denunziation zu bekämpfen. Statt Empathie mit den Japanern zu üben, herrsche „somasochistisches Super-GAU-Gedröhne“ (Andrea Seibel) und, so Exchefredakteur Thomas Schmid, vor langen Jahren Mitstreiter in Joschka Fischers „Revolutionärer Kampf“-Gruppe, eine „trübe Katastrophensehnsucht“ im Volk, das sich „instinktsicher und ohne jedes Zögern in die Ausstiegseuphorie“ flüchtet.

Dass in den vergangenen strahlend-sonnigen Tagen alles andere als Untergangsstimmung zu spüren war, kann Schmid nicht irritieren, der zu ganz schwerem charakterologischem Geschütz greift: „1945 hatten die Deutschen ihr Reservoir an romantisch politischer Leidenschaft bis zur Neige ausgeschöpft, mit entsetzlichen Folgen.“ Doch dieser „romantische Traum“ lebt laut



Explosion in den Atomanlagen von Fukushima

Schmid weiter fort: „Es ist, als habe sich die politische Erregungsbereitschaft ganz unter das schwere Dach der Anti-Atom-Kathedrale geflüchtet, um dort eingehegt und mit den besten menschheitlichen Absichten gepflastert zu überleben.“ Ist es schon atemberaubend genug wie hier bei Schmid aus dem rassistischen Hass der Deutschen eine „romantische Leidenschaft“ wird, erkennt man sogleich, wozu diese Verniedlichung taugt:

Hatte Götz Aly mit seinen Kontinuitätslinien der NS-Zeit noch bei 68 und der RAF Schluss gemacht, geht Thomas Schmid weiter und nimmt gleich die ganze Bewegung der 70er und 80er Jahre in „romantische“ Geiselhaft:

„Wie zum Ausgleich schufen sich die Deutschen, anschwellend seit den 70er Jahren, im Anti-Atom-Diskurs einen neuen Raum der Leidenschaft, in dem von Anfang an eine vage, nicht zählbare Angst den Ton angab. [...] Da Angst nicht begründungspflichtig ist, konnte die Anti-Atom-Bewegung es sich leisten, alle Gegenargumente zu missachten, sich wort- und broschürenreich dem Diskurs zu entziehen und sich gewissermaßen genetisch im Recht zu fühlen.“

Hier zeigt sich Schmid's eigentliches Motiv: die Diskreditierung der rationalen Argumente der Atomkraft durch deren Pathologisierung.



Rationalität der Kernkraft

Wie rational dagegen der Betrieb von AKWs ist, weiß Schmid-Adlatus Gerd Held, der die ganze höhere Rationalität der Kernkraft freilegt: „Wer trotzdem an der Kernenergie festhält, tut dies, weil er andere, größere, tiefer verwurzelte Gefahren sieht: die Gefahr, dass Wärme und Nahrung, Arbeit und Mobilität für viele Nationen unbezahlbar werden. Die Gefahr der Erschöpfung der Erde durch Raubbau und CO₂-Emissionen. „Diese Bedrohungen“ - so Held weiter, und da wird es vollends abenteuerlich - „verändern den Charakter der Kernenergie. Sie ist keine menschliche Willkür-entscheidung, sondern wird aus einer Zwangslage betrieben. Fast - versteigt sich Held endgültig - „könnte man hier [gemeint ist das Hochtechnologieland Japan - ein Schelm, wer nicht auch an Deutschland denkt] von einer Pflicht sprechen, die Last der Kernenergie auf sich zu nehmen.“ Zugespitzter könnte die mythologische Überhöhung der Atomkraft zu einer fast schicksalshaften Notwendigkeit nicht erfolgen. Ulrich Beck, der Autor der „Risikogesellschaft“, erkannte bereits frühzeitig diese „Risikodramaturgie“ in Form eines „Verdrängungswettbewerbs der Großrisiken“. Man müsse die

atomare Gefahr gar „nicht mehr leugnen - nur die anderen Gefahren als noch größer hinstellen.“ Genau dies ist in den letzten Jahren geschehen, mit Erfolg: Die drohende Klimakatastrophe und die notwendigen Kohlendioxid-Reduktionen dominierten die globalen Diskurse. Auf diese Weise konnte die völlig andere Gefahrendimension von Plutonium minimiert und die Atomkraft als „grüne Brückentechnologie“ verkauft werden. Wenn die Ideologen der Welt nun Fukushima gar zur „Semikatastrophe“ (Matthias Horx) kleinreden, knüpfen sie direkt an diesen Strang an.

Hier zeigt sich: Der Kampf um den endgültigen Ausstieg aus der Atomkraft ist noch lange nicht gewonnen. Aus den letzten 25 Jahre seit Tschernobyl zu lernen bedeutet daher vor allem eins: die existenzielle Erfahrung der völligen Unbeherrschbarkeit der Kernenergie nicht ein zweites Mal zu verdrängen. Mit Atomkraft, so die Lehre von Hiroshima bis Fukushima, gibt es keine Sicherheit.

Albrecht von Lucke, Jurist und Politikwissenschaftler, ist Redakteur der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ (www.blaetter.de).

Zuletzt erschien „Die gefährdete Republik. Von Bonn nach Berlin“ (Wagenbach-Verlag 2009).



In Deutschland gingen fast eine Viertel-million Menschen auf die Straße, aus Anlass des Super-GAUs in Fukushima.

GEMEINSAM SIND WIR STARK!

Holger Wegener

Erfreulicherweise gab es nach den bundesweiten Protestaktionen 2010 und den jüngsten Castor-transporten nach Lubmin auch in Mecklenburg-Vorpommern einen kräftigen Mobilisierungsschub für die Anti-AKW-Bewegung. So gründete sich am 23. Februar 2011 in Ludwigslust die Bürgerinitiative „Leben ohne Atomkraft“ mit Aktivistinnen und Aktivisten aus der Region. Gute Verbindungen bestehen inzwischen u. a. zur Wittenberger Initiative PrigNix oder zur

Bi Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. Ein Ziel der Ludwigsluster Bürgerinitiative ist es, aktiv in der Öffentlichkeit gegen Atomenergie einzutreten, sich darüber hinaus aber auch mit der Gesamtheit der Energieeffizient zu beschäftigen. An dieser Stelle sei auch ein herzlicher solidarischer Dank an die Mitstreiter/innen von der Bi Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V. für die spontane, unkomplizierte Hilfe und Unterstützung bei den Infoständen und Mahnwachen angebracht. Erstmals besteht die Möglichkeit einer perspektivischen gemein-

samen Zusammenarbeit im Widerstand gegen die Atomenergie und Castortransporte beiderseits der Elbe. Somit erfüllt sich ein lang gehegter Traum von Menschen, die sich mit persönlichem Risiko schon vor 1989/1990 seit vielen Jahren in der DDR gegen die Risikotechnologie Atomkraft engagierten, aber die heutigen Gemeinsamkeiten im Widerstand zum Teil leider nicht mehr miterleben können.





RÖTTGEN UND DER GORLEBENMONOLOG

Wolfgang Ehmke

Unverdrossen wirbt Bundesumweltminister Norbert Röttgen für seinen „Gorleben-Dialog“. Auf der Internetseite seines Ministeriums spricht er in einem inszenierten Interview davon, dass der „Gorleben-Dialog“ ein „Testfall für unsere demokratische Fähigkeit“ sei, mit solch extrem schwierigen Themen wie der Atommüll-Endlagerung umzugehen. Den Demokratie-Test hatte „Muttis Bester“ schon verrätzt, als er ohne vorherigen Dialog mit den Grundeignern, den kommunalen Vertretern und den Bürgerinitiativen grünes Licht für den weiteren Ausbau des Endlagerbergwerks gab. Röttgen hätte es frei gestanden, ein vergleichendes Verfahren bei der Standortsuche einzuleiten. Doch wie viel Freiheit hat ein Minister, in dessen Ressort es fällt, die Profitinteressen der vier großen Stromkonzerne zu wahren?

Das war kein Dialog, das war sein Monolog.

Was das Endlagerdilemma angeht, da überstürzten sich in der letzten Zeit die Ereignisse. Die Asse II havariert, im Laugensumpf findet sich eine hohe Cäsiumkonzentration, Morsleben droht einzustürzen. Dank der Akteneinsicht, die jetzt möglich ist und aus den Zeugenbefragungen im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Gorleben wissen alle, dass es eine Festlegung auf Gorleben von Anfang an gegeben habe und dass die ungünstige Geologie systematisch vertuscht wurde. Deshalb ist die Position der Gorleben-Gegner in und außerhalb der Parlamente klar: „Gorleben gehört auf den Misthaufen der Nukleargeschichte.“

Eindrucksvoll wurde vor und während des Röttgen-Besuchs der Schulterchluss zwischen Bäuerlicher Notgemeinschaft, Bürgerinitiative, Umweltverbänden und den Parlamentariern der Gruppe X demonstriert. Besonders empört sind wir über den „Minister-Sprech“ zu Fragen der Verantwortung. Röttgen sagte in dem gestellten Interview auf der Homepage des BMU, es gehe um die Übernahme von Verantwortung aus vergangenem Tun, der Nutzung der Kernenergie. Diese habe stattgefunden, finde statt und produziere Müll. „Wir können vor den Folgen des eigenen Tuns nicht weglaufen“, sagte Röttgen. Das ist frech, denn mit der Laufzeitverlängerung



Aktion anlässlich des Röttgen-Besuches in Hitzacker: 30 Jahre Reden und Schreiben zu Gorleben sind genug!



Startklar zur Einebnung des Salzstockes?

der Atomkraftwerke verschärfte er selbst den Druck, aber will uns die Verantwortungslose Handeln aufbürden. Röttgen musste nun auf dem Weg zur Kreistagsitzung Spießruten laufen, 80 Traktoren, Transparente, Sprechchöre: „Abschalten, Abschalten“ säumten seinen Weg. Folgende ungehaltene Rede musste er sich nicht in voller Länge anhören, er hörte sogar weg:



Das Aktionsbündnis „Castor-Mahnwache-Ludwigslust“ bei der Übergabe einer Strahlendosis, vom Castortransport des 16. Dezember durch den dortigen Bahnhof, an den Bürgermeister von Ludwigslust. Die Dosis enthielt auch eine Anfrage an die Stadt, zu Maßnahmen der Sicherheit der Bürger bei radioaktiv-strahlenden Transporten durch bewohnte Stadtgebiete.



INSTITUTIONELLE GEWALT UND LANGER ATEM

„Bereits 1977 galt der Salzstock Gorleben aus Sicht der Landesregierung Niedersachsens und der Antragsteller für die Einlagerung schwach- und mittelaktiver Abfälle als geeignet. Im Mai 1979 war in einer Regierungserklärung Ernst Albrechts (MP – CDU) auch schon von hochradioaktiven Abfällen die Rede. Am 28. Juli 1977 beantragte die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) gemäß § 9b Atomgesetz die „Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens für ein Bergwerk von schwach-, mittel- und hochradioaktiven Abfällen“. Die PTB hatte also am Anfang vor, ihr Endlager zu errichten. Beigefügt war ein Anlagenkonzept, daraus geht der Plan hervor, zunächst ein Bergwerk zur Einlagerung leicht- und mittelradioaktiver Abfälle zu genehmigen. Schließlich verkündete die PTB in ihrem Infoblatt aus dem Januar 1980, dass die Eignung des Salzstocks für schwach- und mittelradioaktive Abfälle erwiesen sei – von Ergebnisoffenheit keine Spur, die Festlegung auf Gorleben aber wird manifest.

Die PTB beantragt am 14.4.1982 den Rahmenbetriebsplan, der wird am 9.9.1983 zugelassen. Das Ende der Erkundung sahen die Antragsteller für „voraussichtlich im Jahr 1992“ vor.

Die Fortschreibung des veralteten Rahmenbetriebsplans, dessen Lenkungswirkung laut Klingner-Gutachten verbraucht ist, durch Sie, Herr Minister, ist ein Affront – und eine Steilvorlage für eine erfolgreiche Klage. Das ist die Fortsetzung des Monologs. Dafür danke! Fortgeschrieben wird durch Sie auch der zutiefst undemokratische Ansatz, die formalrechtliche Mitwirkung zu verhindern. Das ist für uns ein Ausdruck institutioneller Gewalt! Wir sind stolz darauf, dass wir dieser Gewalt, vielfacher und zum Teil völlig unverhältnismäßiger polizeilicher Gewalt bei den ungezählten Demonstrationen und Aktionen in den 34 Jahren Wider-

standsgeschichte, dem Verhören und den Beschimpfungen – Innenminister Kanther nannte uns „unappetitliches Pack“ – nicht mit Gewalt, sondern mit unserem Lachen begegnet sind.

1992 – Abschluss der Erkundung, so lautete die Prognose. Jetzt sind wir im Jahr 2011, für Sie, Herr Röttgen, stehen wir am Anfang des Prozesses, nein, wir stehen am Ende des Prozesses.

34 Jahre lang schon führen wir einen zähen Kampf für eine strahlenfreie Zukunft und gegen Gorleben, um Transparenz, immer wollte wir die Wahrheit wissen, die unter Verschluss gehalten wurde. „Vertraulich steht auf den Papieren, die uns erst zugespielt wurden, die wir heute einsehen können, weil unser Engagement die 30 Jahre Geheimhaltungspflicht und Geheimtuerie dem Volk gegenüberüberdauert haben. Der lange Atem, Protest und Widerstand, Prozesse und manche Indiskretion, Hinweise von „Geheimnistägern“, die ein Gewissen zwackte, machten es möglich, Schritt für Schritt aufzudecken, bis hin zur Gewissheit, dass Gorleben von Anfang als Endlager geplant und ausgebaut

werden sollte und dass mit jedem Erkundungsschritt in den 70er und zu Beginn der 80er Jahre wie auch in der Phase des Schachtabteufens die Zweifel an der Eignung wuchsen, bis hin zur Gewissheit, dass aus geologischer Sicht Gorleben ungeeignet ist.

Nun bieten Sie den Dialog. Herr Röttgen, es gibt nichts Richtiges im Falschen. Blockaden aber, das haben wir gelernt, bergen große Chancen – die der Umkehr.

Die WAA wurde nicht gebaut, sie war nie entsorgungspolitisch von Interesse, sondern eine zivil-militärische Anlage. Der Schnelle Brüter in Kalkar ist ein Freizeitparadies, die Einlagerung der Castor-Behälter wurde über 10 Jahre verzögert, der ursprünglich geplante Ausbau des Atomprogramms gestoppt, der Siegeszug der Regenerativen wird nicht zu stoppen sein, und Gorleben wird nicht zu retten sein.

Das, was Sie mitbringen, ist der politische Reflex der politischen Klasse auf Bürgerbewegungen wie Stuttgart 21 und Gorleben. Dialog, Moderation – hier sollen die Forderungen des außerparlamentarischen Protests entschärft werden, die Sprecher/innen der Protestbewegungen sollen eingebunden werden.



Am 13. März protestierten ca. 500 Menschen am und auf dem Gelände des geplanten Endlager in Gorleben. Es wurde eine Menschenkette um den Förderturm gebildet.



Suggeriert wird Augenhöhe, gehofft wird auf die Leimrute. Auf dieses Spiel fallen wir nicht herein. Selbstverständlich reden wir aber mit den Kräften, die nach einem schwarzgelben Zwischenspiel den Rückbau Gorlebens zu bewerkstelligen haben. Vor allem versichern wir uns des Schulterschlusses der Initiativen gegen die Leimrute, weil wir wissen, dass auch diejenigen, die heute in der parlamentarischen Opposition auf unserer Seite sind, morgen schon wieder uns als politisches Korrektiv erleben werden. **Ihr Bemühen geht ins Leere, ein Wimpernschlag der Geschichte, denn wir schreiben Geschichte. Gorleben wird leben! Atomkraft – Nein danke!**



Am 21. März 2011 fanden über 650 Mahnwachen mit mehr als 140 000 Menschen in ganz Deutschland statt. Als Reaktion auf den GAU in Fukushima. Sie forderten den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. Foto: Dannenberg



Der Weg Herr Röttgens zum „Dialog“ in Hitzacker führte durch ein Trecker- und Menschengespärr

LESERBRIEF

Dipl.Ing Arno Freihold
Imkerweg 10
29478 Hölbeck-Vietze
05846-2293

Beim Lesen der EJZ habe ich mir mehr als nur einmal fassungslos die Augen gerieben. Lässt die Lektüre doch den Schluss zu, dass ein Großteil der Politiker von der schlichten Möglichkeit einer atomaren Katastrophe überrascht worden ist. Und wenn man dann auch noch sich zu der Äußerung versteigt, dass man sich „bei Atomkraft nicht auf Statistik verlassen kann“, dann sehe ich ein grundsätzliches Problem.

Wir können uns auf Statistik sehr wohl verlassen und genau dieser Umstand ist unser Problem. Jedes (technische) System hat eine Wahrscheinlichkeit größer als Null, dass es versagt und zwar auch in größtmöglichem Ausmaß. 100%ige Sicherheit gibt es nicht. Die Wahrscheinlichkeit einer Kernschmelze mag winzig sein, aber sie ist größer Null und genau dieses sog. Restrisiko erlebt die Weltgemeinschaft gerade in Japan. Es geht also nicht um die Frage, **ob** etwas passieren wird, sondern nur darum, **wann**. Es hätte mit der gleichen Wahrscheinlichkeit auch uns treffen können, aber wir haben Glück gehabt.

Als Beispiel: Wenn ein System die Wahrscheinlichkeit aufweist, im statistischen Mittel einmal in 20 000 Jahren zusammenzubrechen, dann ist das keine Aussage über den Eintrittszeitpunkt. Der kann am nächsten Morgen oder aber in 100 000 Jahren sein. Die Aussage ist lediglich, dass über einen langen Zeitraum gemittelt das Ereignis alle 20 000 Jahre eintritt. Der Haken an der Geschichte scheint mir zu sein, dass kaum jemand in diesen Größenordnungen denken kann bzw. will und die menschliche Natur dazu neigt, Gefahren in ferner Zukunft zu verdrängen und dabei übersieht, dass die Katastrophe schon morgen auch bei uns eintreten kann.



Das Bild „einmal in 20 000 Jahren“ scheint zu suggerieren, dass das Risiko erst in 20 000 Jahren auftreten wird und damit jenseits unserer Lebenserwartung. Macht also scheinbar keinen Sinn, sich damit auseinanderzusetzen. Fataler Irrtum, wie Japan jetzt (wieder einmal - nach u. a. Tschernobyl) zeigt. Aber noch ein Aspekt von statistischen Wahrscheinlichkeiten wird gerne übersehen:

Wenn etwas schief gehen kann, dann geht es auch schief. Wenn es keine 100%ige Sicherheit gibt, dann sollten wir uns darauf einstellen, dass der schlimmste Fall eintreten wird und - vor allem - die Frage beantworten, ob wir uns das Risiko leisten wollen. Nicht zufällig findet sich weltweit keine Versicherung, die solche Risiken abdeckt. Nehmen wir für eine grobe Abschätzung mal 400 Kraftwerke weltweit an mit einer jeweiligen Super-GAU-Wahrscheinlichkeit von jeweils einmal in 20 000 Jahren, dann haben wir weltweit im Mittel schon alle 50 Jahre „ein richtiges Problem“. Aus meiner Sicht nicht wirklich beruhigend; vor allem, wenn ich bedenke, dass wir in einer Westwindzone wohnen und Frankreich „gespickt voll“ ist mit AKWs.

Für die, die immer noch Schwierigkeiten mit Statistik haben, ein Beispiel aus dem richtigen Leben:

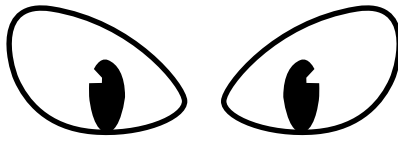
Innerhalb von weniger als 10 Jahren gab es drei (bzw. vier, wenn man Januar 2003 mitrechnet) „Jahrhunderthochwasser“ an der Elbe. Selbst nach den neuesten Klimamodellen, die im statistischen Mittel alle 10 Jahre vergleichbare Wettersituationen prognostizieren, ist diese Häufung „ungewöhnlich“ ... aber Realität.



DAS NEUE NIEDERSÄCHSISCHE VERSAMMLUNGSGESETZ

Wer demonstrieren darf, das bestimmt der Verfassungsschutz

Johannes Hentschel,
Rechtsanwalt, Göttingen



Am 1. Februar 2011 ist das Niedersächsische Versammlungsgesetz (NVersG) in Kraft getreten. Es löst für das Land Niedersachsen das Bundesversammlungsgesetz vollständig ab. Im Vorfeld der Verabschiedung des neuen Landes kursierten mehrere Gesetzesentwürfe, die sich stark voneinander unterschieden. Das hat zu Verwirrung geführt, welche Regelungen tatsächlich in Kraft getreten sind. Höchste Zeit also, sich mit der neuen Rechtslage vertraut zu machen. Dieser Artikel geht nicht auf alle Facetten der Neuregelung ein, sondern beschränkt sich auf die wichtigsten Punkte.

Zweistufiges Anmeldeverfahren

Veränderungen bringt das neue Versammlungsgesetz bereits bei der Anmeldung mit sich. Nach wie vor müssen Versammlungen bei der Versammlungsbehörde angemeldet werden, solange es sich nicht um Spontanversammlungen handelt. Der Begriff „Anmeldung“ ist im neuen Gesetz durch den Begriff „Anzeige“ ersetzt worden.

Weiterhin gilt, dass eine Versammlung keiner Genehmigung bedarf. Spontanversammlungen müssen nicht angezeigt werden. Sie brauchen auch keine(n) Veranstalter(in) oder Leiter(in). Angezeigt werden müssen Versammlungen unter freiem Himmel 48 Stunden vor ihrer öffentlichen Bekanntgabe.

Neu ist, dass Samstage, Sonn- und Feiertage bei der Fristberechnung nicht mitzählen. Dies kann zu erheblichen Verlagerungen der Anzeigepflicht führen.

Versammlungen in geschlossenen Räumen müssen nach wie vor nicht angezeigt werden. Das Anmeldeverfahren ist in zwei Stufen aufgeteilt, von denen nur die erste verpflichtend ist. Die zweite Stufe ist im Gesetz als Ausnahme angelegt. Ob das Verhältnis von Regel und Ausnahme sich umkehren wird, wird die Praxis zeigen.

Auf der ersten zwingenden Stufe ist der Veranstalter/die Veranstalterin verpflichtet folgende Angaben bei der Versammlungsbehörde zu machen:

1. Name, Vorname, Geburtsname und Anschrift der Leiterin / des Leiters
2. Telefonische oder sonstige Erreichbarkeit der Leiterin / des Leiters
3. Beginn, Ende, Ort und Route der Versammlung
4. Erwartete Teilnehmerzahl.

Die Versammlungsbehörde kann auf der zweiten Stufe „zur Abwehr einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ von der Leiterin / dem Leiter folgende weiteren Angaben verlangen:

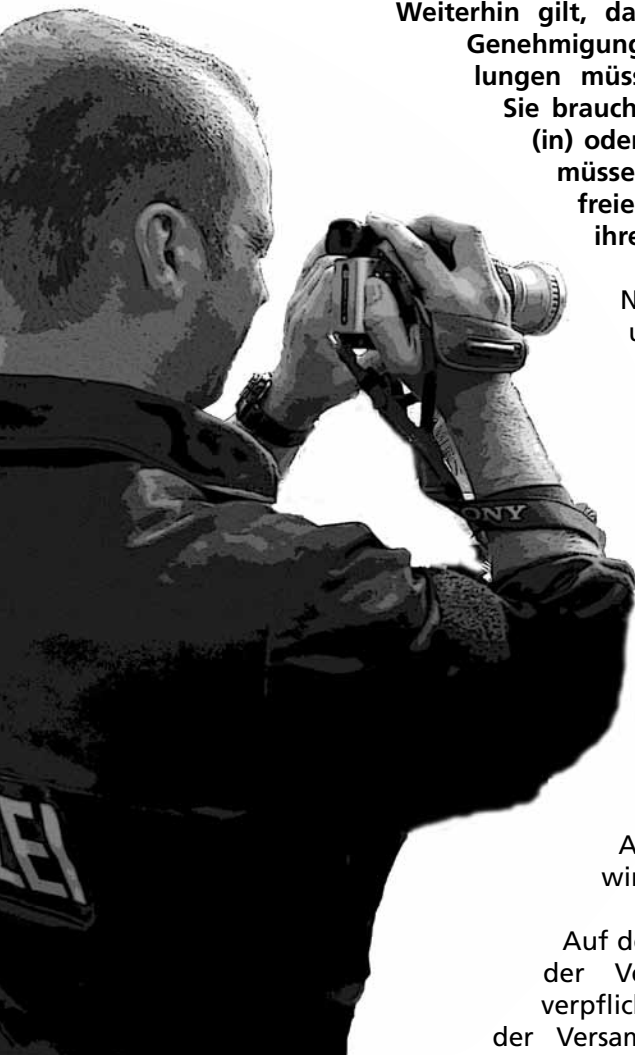
1. Geplanter Ablauf
2. Voraussichtlich mitgeführte Hilfsmittel, insbesondere technische
3. Anzahl der Ordnerinnen und Ordner, sowie deren persönliche Daten.

Für beide Stufen der Anmeldung gilt, dass die Leiterin / der Leiter spätere Änderungen der Versammlungsbehörde unverzüglich mitteilen muss. Die gänzliche Weigerung die Angaben zu machen, kann mit einem Bußgeld bis zu 3000 Euro belegt werden. Bei unvollständigen oder falschen Angaben sind es nur bis zu 1000 Euro. Die bisherige Strafbarkeit des Veranstaltens einer nicht angemeldeten Versammlung ist entfallen:

Wer also als VeranstalterIn oder LeiterIn einer nicht angemeldeten Versammlung auftritt, macht sich nach dem neuen Gesetz nicht mehr strafbar, muss aber mit einem Bußgeldverfahren rechnen (s.o.). Hingegen ist die bloße Teilnahme an einer nicht angezeigten Versammlung wie schon nach dem Bundesgesetz weder eine Straftat, noch eine Ordnungswidrigkeit.

Datenerhebung durch Versammlungsbehörde

Anhand der von der Versammlungsbehörde im Rahmen der Anzeige erhobenen Daten darf die Versammlungsbehörde nach neuer Gesetzeslage eine Anfrage bei Polizei und





Verfassungsschutz stellen. So soll geprüft werden, ob Leiter(in) oder Ordner(innen) die öffentliche Sicherheit unmittelbar gefährden. Ist dies in den Augen der Versammlungsbehörde der Fall, so kann sie Leiter(in) oder Ordner-(innen) ablehnen. Insbesondere weil die Datenerhebung keiner Einschränkung unterliegt, handelt es sich hierbei um einen schwerwiegenden Grundrechtseingriff. Denn der Verfassungsschutz ist beim Anmeldeverfahren „mit im Boot“.

Videoüberwachung

Wie zu erwarten, hat auch die Videoüberwachung Eingang in das Niedersächsische Versammlungsgesetz gefunden. Nach dem Bundesgesetz durfte die Polizei nur filmen, wenn konkrete Anhaltspunkte für eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch die Demonstration ausgingen. Neu ist die explizite Unterscheidung zwischen Aufzeichnung- und bloßen Übertragungen. Die Videoaufzeichnung einzelner Personen sowie die Auswertung von Übersichtsaufnahmen ist nach wie vor nur zulässig, um eine erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit abzuwehren. Dagegen reicht für die bloße Videoübertragung jede Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Trotz dieser juristisch relevanten Abstufung des Gefahrengades wird

es in der Praxis schwer zu erkennen sein, wann eine Kamera nur überträgt und wann sie aufzeichnet

Auswirkungen auf zukünftige Versammlungen

Die konkreten Auswirkungen des neuen Versammlungsrechts lassen sich derzeit nur vermuten. Erfahrungen aus Bayern zeigen, dass Versammlungsbehörden und Polizei einige Zeit benötigen, sich auf die neue Rechtslage einzustellen. In der Anfangszeit ist daher zu befürchten, dass „die eine Hand nicht weiß, was die andere tut“. Besonders problematisch wird dies bei der Hinzuziehung von Polizeikräften aus anderen Bundesländern sein, denen die niedersächsischen Regelungen kaum bekannt sein dürften. Die deutliche

Ausweitung des Anmeldeverfahrens wirkt mit Sicherheit abschreckend. Umso mehr gilt dies aufgrund der Möglichkeit der Datenanfragen bei Polizei und Verfassungsschutz. Das bisher übliche und oft rechtswidrige flächendeckende Abfilmen von Versammlungen wird sich wohl fortsetzen. Wegen der Ausweitung der Befugnisse im neuen Versammlungsgesetz wird es schwieriger werden juristisch dagegen vorzugehen. Was von der Landesregierung als modernes, entbürokratisiertes Versammlungsgesetz angekündigt war, entpuppt sich als sperriges Gesetz zur weiteren Einschränkung der Versammlungsfreiheit. Es vermag nur wenig zu trösten, dass die ursprünglich von der Regierung vorgelegten katastrophalen Gesetzesentwürfe verhindert werden konnten.



Zum Anlass des 25. Jahrestages der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl demonstrierten ca. 130 000 Menschen an mehreren Atomanlagen in Deutschland; Foto: AKW Krümmel, ca. 90 km von Hamburg entfernt.

KERNENERGIE SCHADET DEM GEMEINWOHL!

Jürgen Manemann
(Forschungsinstitut für Philosophie
Hannover)

Das Gemeinwohl ist das Fundament einer Ethik der Nachhaltigkeit. Die Rede vom Gemeinwohl bezieht sich auf solche Güter, die für alle Mitglieder eines Gemeinwesens gegeben sein müssen. Dazu gehören zum einen diejenigen Güter, derer ein Mensch bedarf, um sein physisches Überleben zu sichern; zum anderen diejenigen Güter, die es ihm ermöglichen sich auf verschiedenen Kulturgebieten zu betätigen und auf diese Weise

eine kulturelle Identität auszubilden. Aufgrund ihrer existenziellen Bedeutung für das (Über)Leben der Menschen sind dem Leben zuträgliche und seine Zukunft gewährleistende Umweltbedingungen ein Gemeinwohlgut, das für alle Mitglieder des Gemeinwesens, auch für künftige Generationen, herzustellen oder wiederherzustellen, bereitzuhalten und langfristig zu sichern ist. Daraus ergeben sich eine Reihe allgemeiner Gemeinwohlpflichten aller Bürger sowie besonderer Gemeinwohlpflichten der verschiedenen Bereichseliten: Zu den Gemeinwohl-

pflichten von Unternehmenseignern, Managern und Finanzdienstleistern als Teil der wirtschaftlichen Elite gehört es, Produkte herzustellen, Dienstleistungen anzubieten und Gewinnerwartungen zu prognostizieren, die keine Gefährdung einer lebenszuträglichen und zukunfts-fähigen Umwelt darstellen. Die regierende Elite hat die Pflicht, eine Verfassungs- und Ordnungspolitik zu betreiben, die die Sicherung sämtlicher fundamentaler Gemeinwohlgüter gewährleistet. Dazu gehört auch, dafür zu sorgen, dass die Preise die gegenwärtigen und künftigen



nationalen wie globalen Umweltkosten enthalten: Die Preise müssen also „die ökologische Wahrheit sprechen“. Die Klärung entsprechender Sachfragen und die Entwicklung nachhaltiger Zukunftsszenarien sind aber nur dann möglich, wenn die Mitglieder der wissenschaftlichen Elite ihre Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen und Politik und Wirtschaft entsprechend beraten. Hinzuweisen ist auch auf die Gemeinwohlpflicht der Medienelite. Sie muss dafür Sorge tragen, dass eine breite öffentliche Diskussion der wissenschaftlichen Erkenntnisse und Hypothesen möglich ist, die der Information und Meinungsbildung dient. Den besonderen Gemeinwohlpflichten der Eliten entsprechen Pflichten aller Bürger:

Etwa die Pflicht, keine umweltschädlichen Produkte oder Dienstleistungen zu kaufen sowie umweltschädliches Verhalten zu unterlassen und nur solche Politiker zu wählen bzw. durch Wiederwahl zu bestätigen, die ihre Gemeinwohlpflichten verantwortlich erfüllen. Eine zentrale Rolle für die Kontrolle gemeinwohlverpflichteten Handelns der Bereichseliten und für gesellschaftspolitische Erneuerungen spielen die zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüsse von Bürgern in Nichtregierungsorganisationen. Die Nutzung der Kernenergie schadet dem Gemeinwohl, da die mit dieser Energiegewinnung einhergehenden Sicherheitsrisiken enorm sind, und die Hypothek, die wir unseren

Kindern und Kindeskindern hinterlassen, ist gravierend. Unsere Atomkraftwerke sind vermutlich nicht so sehr durch Erdbeben gefährdet, aber immer noch durch Fehler von Menschen, ebenso durch Kettenreaktionen, die nicht beherrschbar sind. Vor allem aber ist keine unserer Anlagen vor terroristischen Angriffen geschützt. Das Problem der Zwischen- und Endlagerung radioaktiver Abfälle mit langen Halbwertszeiten ist bis heute nicht geklärt. Wir haben ein Flugzeug gestartet, ohne am Ankunftsort eine Landebahn zu bauen. Zudem ist darauf zu verweisen, dass die Entsorgung der Abfälle eine Zeitdimension betrifft, für die die gegenwärtige Generation schon aus grundsätzlichen Erwägungen keine wirkliche Verantwortung übernehmen kann.

Wer kann für Jahrhunderte, Jahrtausende Verantwortung übernehmen?

Ein Ausstieg aus der Atomenergie allein reicht nicht aus. Die Energiewende gelingt nur durch neue Lebensstile und einen Zivilisationswandel. Die Brückentechnologie heißt Energieeffizienz.

Lektürehinweis:

E. Bohlkenl, V. Drell, M. Dröscher, T. Hoffmann, A. Holzknacht, J. Manemann (Hg.), Kirche – Kernenergie – Klimawandel. Eine Stellungnahme mit Dokumenten, Berlin 2010.

GORLEBEN KOMPLOTT

Neues aus dem Untersuchungsausschuss

Wolfgang Ehmke

Vor dem Gorleben-Untersuchungsausschuss hat Ende März der ehemalige Referatsleiter des Bundesforschungsministeriums Dr. Alois Ziegler Stellung bezogen. Ziegler hatte nach der Sitzung am 11. Mai 1983, auf der Fachbehörden wie die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) und der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) die Negativergebnisse der Tiefbohrungen berieten und die Empfehlung festzurren wollten, alternativ zu Gorleben auch andere Standorte zu erkunden, per Telex die Behörden angewiesen, den Bericht zu entschärfen und die Forderung zu streichen. Zu der legendären Sitzung waren unangekündigt Vertreter des Bundeskanzleramts, des Innen- und des Forschungsministeriums nach Hannover zur Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe erschienen, die sowohl durch ihren Auftritt am 11. Mai, dann aber auch noch per Telex und Brief keinen Zweifel ließen, was die Kohl-Administration fordert:

Die Streichung des Vorschlags, auch andere Standorte zu erkunden, was auch geschah. Im Juli 1983 hat dann das Bundeskabinett das Abteufen der Schächte in Gorleben beschlossen und damit mit dem Bau des Atommüllendlagers. Prof. Röthemeyer, damals zuständig für den Gorleben-Komplex in der PTB, sprach am 1. Juli 2010 gegenüber dem PUA Gorleben davon, dass das Erscheinen der Bonner Ministeriumsvertreter und ihr Auftreten ganz klar als Weisung zu verstehen war:

Ich möchte jetzt hier eine lange Streitfrage ganz kurz dazwischenschieben. Ob es sich bei dem Gespräch mit den Ressorts am 11.05. '83 um eine Weisung oder nur um eine Bitte oder Empfehlung – diese ganzen Begriffe habe ich aus dem



Zum Tschernobyl-Gedenktag am 25. April 2011 bricht ein kleiner Treck auf zum Akw „Grohnde“, als Delegation der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg. Sie wird am sogenannten Erkundungsbergwerk in Gorleben von RednerInnen und einem Wanderritt verabschiedet.





Internet- gehandelt hat, mögen die Juristen entscheiden. Für die heutige Situation ist dies wirklich völlig irrelevant. Ich persönlich habe die Forderung aber als Weisung verstanden und laut Protokoll Folgendes gesagt: Die Frage der anderen Standorte kann herausgenommen werden, wenn die Ressorts es wünschen. Mir war hierbei klar geworden, dass es sich um eine entsorgungspolitische Entscheidung handelt, die eine Fachbehörde hinnehmen muss. Argumentiert wurde nämlich entsorgungspolitisch: Unruhen an anderen Standorten und Ähnliches. Der BMI hat abschließend nach Protokoll folgende Meinung vertreten: BMI will nicht dass andere Standortvorschläge in den Bericht eingehen.

Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages ließ keinen Zweifel daran, dass ein Telex, das zwei Tage nach dem Treffen von Dr. Alois Ziegler seitens der BMFT an die PTB und BGR ging, durchaus eine Weisung und keine „Bitte“ war, denn schließlich unterstand zumindest die BGR als Fachbehörde dem Forschungsministerium. Dr. Alois Zieglers Argumentation zu Gorleben war zu jener Zeit haarsträubend. Aus dem Protokoll – Seite 9 – der Sitzung jenes legendären 11. Mai 1983 geht hervor, dass er auch für den Fall, dass Gorleben für die Lagerung hochradioaktiver Abfälle nicht geeignet sei, trotzdem für die Inbetriebnahme plädierte

Ziegler: „Wenn man 1992 feststellen würde, dass Gorleben für wärmeentwickelnde Abfälle nicht geeignet ist, würde das wegen der geringen Mengen dieser Abfälle nicht problematisch“.

An anderer Stelle, nämlich auf einer öffentlichen Veranstaltung in Hitzacker/Elbe am 27./28. Mai 1983, plädiert er ganz offen dafür, keinen Standortvergleich anzustreben. Dr. Ziegler in Hitzacker auf einen Zwischenruf von Marianne Fritzen: „Stellen Sie sich das Entscheidungs-dilemma vor, in dem Politiker erneut stünden, die zwei Standorte zu vergleichen hätten...“

Dr. Ziegler plädierte ausschließlich für Gorleben und nahm dabei das Risiko einer späteren nuklearen Verseuchung in Kauf. Dass die Weisung mit dem Innenministerium eng abgestimmt wurde, geht aus einem Schreiben hervor, das der BI vorliegt:

<http://www.bi-luechow-dannenberg.de/chronologisch/pressemitteilungen/dr-alois-ziegler-vor-dem-untersuchungsausschuss-gorleben>

Die aktuellen Versuche der Röttgen-Administration weiter allein auf Gorleben als Endlagerstandort zu setzen, knüpfen unmittelbar an die Kohl-Ära an, aber der Klüngel des Gorleben-Komplots wird eines Tages wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrechen.

EILVERFAHREN GESCHEITERT

Ball an die politischen Entscheider zurückgespielt

Wolfgang Ehmke

Die Bemühungen der Gorleben-Gegner, den weiteren Ausbau des sogenannten Erkundungsbergwerks im Salzstock Gorleben zu stoppen, sind in einem ersten Anlauf, im Eilverfahren, gescheitert. Das Verwaltungsgericht Lüneburg entschied, die Rechte der Antragsteller, insbesondere deren Salzrechte, seien durch die geplanten Maßnahmen untertage noch nicht berührt. (VG Lüneburg Az: 2 B 12/11 und 2 B 13/11 vom 14. April 2011) Das ist zu bedauern, denn der Weg, mit Hilfe des Bergrechts Fakten zu schaffen – bisher können nur Personen klagen, die ihre Salzrechte durch das Projekt berührt sehen – wird mit dieser Entscheidung im Eilverfahren zunächst fortgeschrieben. Das Verwaltungsgericht bewegt sich in dem politisch vorgegebenen Zirkelschluss, dass die Erkundung noch nicht Ausbau zu einem Endlager bedeute. Das VG Lüneburg betont andererseits selbst: „Zur Klarstellung wird abschließend darauf hingewiesen, dass

Salinare Hölle

Die neue zur Sache ist da! Die 56-seitige Broschüre mit dem Titel „Salinare Hölle“ fasst die Argumente, die gegen eine Lagerung von hochradioaktivem Abfall im Salzstock Gorleben sprechen, zusammen. Erhältlich ist das Heft im BI-Büro, oder telefonisch unter 05841-4684.



sich die heute gefällten gerichtlichen Entscheidungen allein mit der Frage befassen, ob die Antragsteller durch die nach dem Bundesberggesetz durchgeführte Erkundung des Salzstocks Gorleben auf seine Eignung für ein Endlager in ihren Rechten verletzt werden. Die Entscheidungen befassen sich weder mit der Frage, welche Voraussetzungen an ein atomares Endlager zu stellen sind noch ob der Salzstock Gorleben hierfür geeignet ist. Ein Endlager könnte nur in einem nach dem Atomgesetz durchzuführenden Planfeststellungsverfahren zugelassen werden, falls sich der Salzstock bei der Erkundung als geeignet erweisen sollte.“ Damit spielt das Gericht den Ball zurück an den politischen Entscheidungsträger. Es ist jetzt erst recht an Norbert Röttgen, die Fixierung auf Gorleben und das undemokratische Vorgehen, das Verwehren von Einspruchs- und Klagerechten, zu beenden. Die Kläger geben sich nicht geschlagen, eine Beschwerde vor dem Oberverwaltungsgericht ist zulässig und die Rechtshilfe Gorleben kündigte bereits an, dass die Kläger den Rechtsweg voll ausschöpfen werden.



DANKE HORST!

Ein Wuschelbart ist sein unverkennbares Markenzeichen: Horst, wann kommt endlich die neue Gorleben Rundschau raus?“ „Kannst du ein schönes Bild als Eye-Catcher für 30 Jahre Gorleben raussuchen?“ Warum fehlt in der Terminleiste die Veranstaltung von Mister X?“ Mit stoischer Ruhe und Gelassenheit, dann aber pfeilschnell hat er auch die Gorleben Rundschau hingewuschelt: „Ich bin fertig, ich gebe euch eine Stunde zum Gegenlesen“. So hat Horst Eckhart neben Beruf und trotz aller gesundheitlicher Belastung dafür gesorgt, dass es die Gorleben Rundschau gab und immer noch gibt. **DANKE DAFÜR** - wir hoffen, dass uns Horst Eckharts Rat und Tat bei der Recherche nicht abhandeln kommen wird.

Wir haben uns natürlich oft gefragt, ob sich die Bürgerinitiative Umweltschutz in Zeiten elektronischer Informationsvermittlung den Luxus einer eigenen Zeitung leisten kann und soll. Die wachsende Zahl an Abonentinnen aber spricht dafür, und so starten wir mit dieser Ausgabe und einem neuen Team in die nächste Runde: mit Änderungen bei Layout und Papier, mit einer Kolumne von atomkritischen Literaten, mit Interviews und Diskussionen. Was bleiben wird sind die Dokumentationen und die Meinungsäußerung der BI. **Wir wünschen viel Freude mit der neuen Gorleben Rundschau!**

Jeden Sonntag: 13 Uhr Sonntagsspaziergang am Erkundungsbergwerk Gorleben und 14 Uhr Gorlebener Gebet an den Gorleben-Kreuzen

ICH ABONNIERE DIE GORLEBEN RUNDSCHAU ab der nächsten Ausgabe

- ☐ Bitte schickt mir jeweils ein Exemplar (EUR 15 pro Jahr)
- ☐ Bitte schickt mir jeweils 10 Exemplare (EUR 50 pro Jahr)
- ☐ Bitte schickt mir jeweils 100 Exemplare (EUR 120 pro Jahr)
- ☐ Ich erteile hiermit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. eine Einzugs-ermächtigung für mein Konto.

Kontonr.: _____

BLZ: _____

Geldinstitut: _____

Name: _____

Adresse: _____

Datum, Unterschrift: _____

Ausschneiden und abschicken an:

BI-Büro, Rosentr. 20, 29439 Lüchow

Konto der BI: Sparkasse Uelzen-Lüchow-Dannenberg

BLZ 25850110, Konto: 0044060721

Das Abo kann jederzeit zum Jahresende gekündigt werden.



TERMINE	TERMINE	TERMINE	TERMINE	TERMINE
05. Mai 2011		10 Uhr Hauptversammlung E.ON, Grugahalle in Essen (www.eon.com)		
05. Mai 2011		19 Uhr Schützenhaus Lenzen Veranstaltung BI PrigniX, Fachgruppe Radioaktivität, BI Lüchow-Dannenberg „Die Geologie des Salzstocks Gorleben-Rambow – NIX für hochradioaktive Abfälle“		
07. Mai 2011		14 Uhr Verleihung des Kant-Weltbürger-Preises 2011 an Anna Gräfin von Bernstorff Winterer-Foyer des Freiburger Theaters		
11. Mai 2011		19 Uhr „Die Gefahren der Atomkraft“ Informationsveranstaltung für neue AtomkraftgegnerInnen „Alte Post“ Dannenberg		
14. Mai 2011		„Nacht am Schacht“ Veranstaltung vor dem Asseschacht in Remlingen / 17.30 Uhr Demozug von Remlingen zum Asseschacht www.asse2.de		
14./15. Mai 2011		Bilanz- und Strategiekonferenz in Jena „Dresden Nazifrei“		
17. - 19. Mai 2011		Jahrestagung Kerntechnik Congress Center Berlin (www.kerntechnik.info/de/home.html)		
19. Mai 2011		20 Uhr Kulturhaus Wittenberge, Veranstaltung BI PrigniX, BI Lüchow-Dannenberg in Zusammenarbeit mit der Stadt Wittenberge / Franz Alt: „Erneuerbar statt atomar – vom Atomzeitalter ins Solarzeitalter“		
24. Mai 2011		19 Uhr Offener Vorstand im „Wendel“ Lüchow		
24. Mai 2011		Festveranstaltung 20 Jahre Deutsche Bundesstiftung Umwelt www.dbu.de		
28. Mai 2011		bundesweiter Demo-Tag in bis zu 20 Großstädten		
02. - 13. Juni 2011		Kulturelle Landpartie (KLP) www.kulturelle-landpartie.de		
21. / 22. Juni 2011		Eurosolar-konferenz: Stadtwerke mit erneuerbaren Energien, Darmstadt / im Wissenschafts- und Kongresszentrum www.eurosolar.org		

IMPRESSUM

Die Gorleben-Rundschau erscheint 10 bis 12 mal jährlich und wird von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow Dannenberg e. V. herausgegeben. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber wieder. Für Neuerungen, produktive Anregungen und LeserInnenbriefe sind wir immer ansprechbar. Es ist erwünscht eigene Texte zum Thema Atomkraft, Gorleben und erneuerbare Energien einzubringen. Sie werden gerne veröffentlicht, sofern sie in den Kontext der Ausgabe passen.

Redaktion: A. Conradt, T. Koopmann, F. Behn, R. Zedow / Bildmaterial: Umbruch-Bildarchiv, PubliXviewing / Gestaltung: A. Hagen / Versand und Termine: L. Wente

Auflage: 1400; Gedruckt auf weißem 100% Recyclingpapier
BI Büro: Rosenstraße 8, 29439 Lüchow, Fon: 05841 - 4684, Fax: 05841- 3197
buero@bi-luechow-dannenberg.de, www.bi-luechow-dannenberg.de